

## Premierminister Lee gewinnt Verleumdungsklage gegen Far Eastern Economic Review

Einen ungewöhnlichen Zivilprozeß um Schadenersatz in Höhe von S\$ 230.000 wegen Verleumdung gewann Premierminister Lee Kuan Yew gegen den ehemaligen Herausgeber der in Hongkong erscheinenden Wochenzeitschrift "Far Eastern Economic Review" (FEER), Derek Davis, den Drucker und den Autoren. Nach 3-wöchigen Verhandlungen im September/Oktober 1989 befand das Gericht unter Richter L.P. Thean in seinem 114-Seiten Urteil am 30.11.1989, daß Lee in einem Artikel der Zeitschrift vom 17.12.87 verleumdet und damit sein Ruf geschädigt worden sei. Der Artikel (vgl. SOAI 1/88, S.40) beleuchtete die Hintergründe eines Treffens von Lee mit dem Erzbischof Gregory Yong und 10 weiteren Priestern am 2.6.87, das auf Grund der Verhaftung von 16 Personen - darunter 10 Aktivisten katholischer Laienorganisationen - nach dem

Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer marxistischen Konspiration am 21.5.87 (vgl. SOAI 2/87 S.39ff), stattgefunden hatte. Er unterstelle, so die Klage, daß der Premierminister damit gedroht habe, die Befugnisse des ISA gegen Priester anzuwenden, um die Kirche anzugreifen, daß Lee intolerant gegenüber Kirche und Religion sei, daß er Katholiken schikanieren wolle und daß er den Erzbischof in eine unvorbereitete Pressekonferenz gedrängt habe.

Nach Auffassung des britischen Anwalts der Verteidigung, Queen's Council Geoffrey Robertson, könne es sich bei dem Artikel nicht um eine Verleumdung des Premierministers gehandelt haben, denn ihm würde nicht vorgeworfen, er würde das Land schlecht regieren. Schließlich stünde es ihm frei, die Kirche zu kritisieren, mit Verhaftungen zu

drohen und Priester verhaften zu lassen, die verdächtig würden, an einer marxistischen Konspiration beteiligt zu sein. Darüber zu berichten und Auffassungen von Beteiligten zu Wort kommen zu lassen, sei eine gerechtfertigte Berichterstattung von öffentlichem Interesse für die Bürger Singapurs. Dagegen hielt der ebenfalls britische Anwalt Lees, Queen's Council John Previde, es sei nicht die Aufgabe der FEER, Lesern aus Singapur die Informationen des Artikels zu vermitteln. Solch ein Privileg bestünde nur, wenn die Informationen im öffentlichen und nicht nur von öffentlichem Interesse seien.

Das Gericht folgte nicht in allen Punkten der Argumentation Lees. So verwarf es den Vorwurf, der Artikel würde Lee unterstellen, daß er nicht die Religionsfreiheit befürworte und er katholische Priester schikanieren wolle. Allerdings war der Richter der Auffas-

sung, daß durch die Vorgehensweise Robertsons die Verletzung der Gefühle und des Ansehens des Klägers und Zeugen Lee während des Kreuzverhörs verstärkt habe. Die Fragen Robertsons seien bewußt beleidigend und verletzend gewesen.

### Lee: Kirche solle sich aus der Politik raushalten

In dem Verfahren war Lee als Kläger auch einziger Zeuge der Anklage und mußte sich an 5 Tagen einem Kreuzverhör Robertsons stellen. Dabei betonte Lee mehrfach, daß Politik für die Religionsgemeinschaften und Kirchen in Singapur tabu sei und es darüber für seine Regierung und für seine Nachfolger keinerlei Diskussionen geben würde. Er sei besorgt über Entwicklungen unter den Priestern in der Kirche, die sich in die Politik einmischten. So hatte es einige Kritiken aus katholischen

## Gesetz zur Harmonisierung der Religionsgemeinschaften und ihrer Abstinenz von Politik vorgeschlagen

Am 15.1.90 wurde im Parlament von der Regierung eine Gesetzesvorlage eingebracht, durch die die Harmonie zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften Singapurs gewährleistet und eine Einmischung in politische Angelegenheiten unter dem Vorwand der Religionsausübung verhindert werden soll. Bereits am 26.12.89 hatte die Regierung ein 20seitiges "White-Paper" dazu herausgegeben und dem Parlament vorgelegt.

Nach der vorgeschlagenen Regelung erhält der Innenminister die Befugnis, Personen daran zu hindern, Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften zu erzeugen oder sich unter dem Vorwand der Religionsausübung in die Politik einzumischen. So kann er z.B. einem Priester praktisch auf unbegrenzte Zeit verbieten, Predigten zu halten oder Literatur zu Religionsfragen zu verteilen. Dieses Ver-

bot muß 14 Tage vor Inkrafttreten dem Betroffenen, den Führern der entsprechenden Religionsgemeinschaft und einem Rat für Religionsharmonie mitgeteilt werden. Hält sich der Betroffene nicht an das Verbot, muß er sich vor Gericht wegen Nichteinhaltung der Anordnung des Innenministers verantworten und mit einer Geldstrafe von bis zu 10.000 S\$ oder einer Haftstrafe von bis zu 3 Jahren oder beidem rechnen. Ein Betroffener kann gegen die Anordnung Einspruch vor dem neu zu schaffenden Rat für Religionsharmonie einlegen. Dessen Empfehlungen müssen dann vom Innenminister gehört werden, sind jedoch nicht bindend für ihn. Grundsätzlich ist die Entscheidung des Innenministers zu einer Verbotsanordnung vor keinem Gericht anfechtbar.

Entsprechend der multiethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung Singapurs gibt es

einen Vielzahl von Religionsgemeinschaften, die sich u.a. am Buddhismus (ca. 28,3%) Christentum (18,7%), am Islam (ca. 16%), am Taoismus (13,4%) und Hinduismus (ca. 5%) orientieren. Die Regierung begründet ihren Schritt zur Schaffung eines neuen Gesetzes in dem "White Paper" mit der Behauptung, daß es in den letzten 10 Jahren immer wieder zu Spannungen zwischen den Religionsgemeinschaften u.a. bei Versuchen christlicher Sekten, Muslime und Hindus zum Christentum zu bekehren, und auch innerhalb einzelner gekommen sei. Vor allem aber beunruhige die Regierung die Fälle der Einmischung in die Politik als Aufgabe der jeweiligen Religionsgemeinschaft. Dabei werden insbesondere Aktivitäten und Predigten von 4 namentlich genannten katholischen Priestern sowie des im Mai 1987 nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit

(ISA) verhafteten Sekretärs der katholischen Laienorganisation *Justitia et Pax*, Vincent Cheng, hervorgehoben, in denen Kritiken gegenüber der Regierung zum Ausdruck käme. Ebenfalls namentlich genannt werden islamische Prediger und Anhänger der Hindus und Sikhs, die sich als Religionsvertreter in politische Angelegenheiten mischen würden.

In Stellungnahmen von Führern der Religionsgemeinschaften hatten der katholische Erzbischof Gregory Yong und der Führer der Muslime, der Mufti von Singapur Syed Isa Semait, am deutlichsten Bedenken gegen ein solches Gesetz geäußert. Während sie einerseits die Initiative der Regierung begrüßten, sich für die Harmonie unter den Religionsgemeinschaften einzusetzen, hielten sie die Definition von dem, was Einmischung in die Politik bedeuten würde, für unklar. In seiner Stellungnah-

Kirchenkreisen an der Regierungspolitik gegeben, die Preiserhöhungen im öffentlichen Nahverkehr und Änderungen in der Bildungspolitik betrafen.

Während des Treffens am 2.6.87 mit Erzbischof Young hat Lee laut Notizen der Abteilung für Innere Sicherheit (ISD) gesagt, daß die Regierung es mit einem neuen Phänomen zu tun habe - den "Gut-Tuern", die den Armen und Besitzlosen helfen wollten und dabei zum Marxismus pervertierten und schließlich Kommunisten werden würden, wie in den Philippinen. Sein Anwalt Preville war zwar bereit zu akzeptieren, daß weltweit die Kirchenlehre soziale, wirtschaftliche und politische Fragestellungen beinhalte. Dies gelte aber nicht für Singapur, wo die Regierung entschieden hat, daß sich die Kirche aus der Politik herauszuhalten habe. In diesem Zusammenhang lehnte der Richter den Antrag der Verteidigung ab, den britischen, katholischen Bischof Patrick Kelly von Salford und Manchester als

Zeuge zu Fragen der katholischen Soziallehre zu hören.

Aufgrund der Veröffentlichung des umstrittenen Artikels wurde Ende Dezember 1987 von der Regierung nur noch der Vertrieb von 500 Exemplare pro Ausgabe der FEER in Singapur zugelassen. Daraufhin hat bis heute die FEER völlig auf den Vertrieb und Druck in Singapur verzichtet (vgl. SOAI 1/88 S.40f).

## FEER legt Berufung ein - bis zum Privy Council?

Die FEER hat am 22.12.89 Berufung gegen das Urteil beim Berufungsgericht von Singapur eingelegt und angekündigt zu beantragen, daß beide Seiten sich mit einer weiteren Berufungsmöglichkeit vor dem Privy Council in London einverstanden erklären sollten. In Singapur sind bei Zivilprozessen Berufungen vor dem Privy Council in London nur dann zulässig, wenn beide Parteien schriftlich ihr Einverständnis dazu erklären.

me für die katholische Kirche wies der Erzbischof darauf hin, daß es Überschneidungen zwischen Politik und Religion geben könne. So wie sich die Regierung Sorgen über den Mißbrauch von Religionsausübung zu politischen Zwecken machen würde, sollte sich die Kirche über den möglichen Mißbrauch des vorgeschlagenen Gesetzes, um legitime abweichende Meinungen und berechtigte Kritiken zum Schweigen zu bringen. So könne z.B. Loyalität zur Nation nicht mit Loyalität zur Regierung gleichgesetzt werden.

Nach Meinung des muslimischen Oberhauptes gebe es im Islam keine Möglichkeit einer Trennung von Politik und Religion. Solange Politiker sich nicht in das religiöse Leben einmischen, sehe er keine Probleme. Würde es aber Einmischungen in das religiöse Leben geben, wären die Religionsführer verpflichtet, sich zu äußern.

Der katholische Pfarrer Patric Goh, der im "White Paper" als einer der 4 kritischen Priester

erwähnt wird, sieht keine Notwendigkeit für ein neues Gesetz, da es bereits das Strafgesetzbuch und ein Gesetz gegen Aufruhr gebe. Im "White Paper" hatte die Regierung selbst auch auf diese Gesetzeslage verwiesen. Am deutlichsten zeigte einer der beiden Oppositions-abgeordneten im Parlament Lee die Problematik des vorgeschlagenen Gesetzes auf: "Es hängt alles von der Interpretation durch die Regierung ab." Denn schließlich ist die Entscheidung des Innenministers vor Gericht unanfechtbar.

Beobachter gehen davon aus, daß sich das neue Gesetz vor allem gegen die christlichen Kirchen richtet, in deren sozialengagierte Aktivitäten die Regierungspolitik häufiger kritisiert wurde. Ein Höhepunkt der Konfrontation mit den christlichen Kirchen von Seiten der Regierung war die Inhaftierung ohne Anklage von u.a. 10 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen katholischer Laienorganisationen nach dem ISA wegen Beteiligung an

## Ermittlungsverfahren gegen "Asian Wall Street Journal" wegen Mißachtung des Gerichtes

Im Zusammenhang mit dem Prozeß von Lee gegen die FEER hat der Generalstaatsanwalt Singapurs am 20.12.89 ein Ermittlungsverfahren gegen die in Hongkong erscheinende Zeitung "Asian Wall Street Journal" wegen Mißachtung des Gerichtes eingeleitet. Beanstandet wird ein am 1.12.89 erschienener Artikel zum Urteil des Gerichts und ein Kommentar dazu vom Präsidenten Peter Kann des US-Pressekonzerns Dow Jones & Co. Die FEER und "Asian Wall Street Journal" gehören beide Dow Jones.

P. Franke

*zusammengestellt nach FEER 5.10.S.15f, 12.10.S.15ff, 19.10.S.12f, 26.10.S.11f, 14.12.89 S.21, 4.1.90 S.8f; ST/Wochenausgabe 30.9.,7.,14.10., 2.12.89*

einer angeblichen marxistischen Konspiration zum Sturz der Regierung (vgl. SOAI 2-4/87). Ein weiterer war die Durchsuchung des Sekretariats des Christian Council of Asia (CCA), der Dachorganisation der protestantischen Kirchen in Asien und Mitglied im Weltkirchenrat, am 30.12.87 und die Ausweisung der 5 nicht-singaporeanischen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Singapur. Als Grund wurde angegeben, daß die CCA Singapur als Stützpunkt zur Unterstützung von Befreiungsbewegungen in anderen asiatischen Ländern und für den Informationsaustausch von Anhängern pro-kommunistischer Organisationen diene.

P. Franke

*zusammengestellt nach ST/Wochenausgabe 13.1.90; FEER 18.1.90 S.20f; AW 9.2.90 S.22f; "Maintenance of Religious Harmony", Government "White Paper" vom 26.12.1989*

## Vincent Cheng bleibt in Haft

Am 1.2.90 gab Richter Lai Kew Chai vom High Court die Ablehnung des Habeas-Corpus-Antrages von Vincent Cheng bekannt, der seit Mai 1987 ohne Anklage und Gerichtsverfahren nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) inhaftiert ist. Der Richter bestätigte nochmals das Recht der Regierung, Personen ohne Anklage und Gerichtsverfahren nach dem ISA inhaftieren zu können, wenn sie davon überzeugt ist, daß die Person eine Bedrohung der nationalen Sicherheit bedeuten würde. Sie brauche dafür keinerlei Beweise vor Gericht anzuführen. Das Kabinett und der Staatspräsident seien die besten Richter dafür, um zu entscheiden, was eine Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellt. Diese Befugnis sei im ISA und der Verfassung festgelegt. Das Anhörungsverfahren hatte bereits im September 1989 stattgefunden (vgl. SOAI 4/89 S.36).

Das Berufungsverfahren der ebenfalls im Frühsommer 1987 nach dem ISA inhaftierten Rechtsanwältin Teo Soh Lung, deren Habeas-Corpus-Antrag vor dem High Court im April 1989 abgelehnt worden war, wurde am 13.-16. November 1989 vor dem Berufungsgericht von Singapur verhandelt. Eine Entscheidung steht noch aus. Nachdem die Regierung Frau Teos ersten britischen Verteidiger, den bekannten Queen's Council Anthony Lester, verboten hatte, in Singapur seinen Beruf auszuüben, hatte der nicht weniger angesehene britische Queen's Council, Lord Alexander of Weedon, ihre Verteidigung übernommen. (Vgl. SOAI 2/89 S.29) Daß Alexander den Fall als einen seiner letzten übernommen hatte, bevor er die Stelle des Vorstandsvorsitzenden der britischen National Westminster Bank antrat, macht nach Auffassung einiger Beobachter deutlich, welche große Aufmerksamkeit der Rechtsprechung in Singapur von britischen Anwälten geschenkt wird.

*vgl. FEER 30.11.89 S.26, 22.1.90 S.22f*